

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 16 (1969)
Heft: 5

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet
L'Office fédéral de la protection civile communique
L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Kreisschreiben an die kantonalen Zivilschutzstellen

Nr. 116 vom 25. März 1969
Geräte- und Materialanhänger des Zivilschutzes

Allen Gemeinden und organisationspflichtigen Betrieben werden seit 1967 laufend Motorspritzen Typ 2 und Kompressoren, und ab Mitte 1969 Materialanhänger abgegeben.

Diese Fahrzeuge gelten laut «Bundesratsbeschluss vom 18. Juli 1961 über landwirtschaftliche Motorfahrzeuge und Anhänger sowie gewerbliche Arbeitsmaschinen und Ausnahmefahrzeuge» (AS 1961, 583) als Arbeitsanhänger bzw. als Transportanhänger gemäss Artikel 68 VRV und wären aus diesem Grunde mit einem kantonalen Kontrollschild zu versehen.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat deshalb am 5. August 1968 eine Verfügung erlassen, welche diese durch die eidgenössische Typenprüfungskommission zugelassenen Anhänger des Zivilschutzes bei Kursen, Uebungen und Notfalleinsätzen von Fahrzeugausweisen und kantonalen Kontrollschildern befreit; sie müssen lediglich eine Erkennungstafel des Bundesamtes für Zivilschutz tragen, welche für die bereits abgegebenen Motorspritzen Typ 2 und Kompressoren nachgeliefert werden und an den neu zur Abgabe gelangenden Anhängern bereits montiert sind.

Bei Verwendung der Fahrzeuge für zivilschutzfremde Zwecke sind in jedem Fall kantonale Kontrollschilder anzubringen, für deren Bezug der Halter beim kantonalen Strassenverkehrsamt auf eigene Kosten zu sorgen hat.

Für die Motorspritze Typ 3 und die Röhrenanhänger mit zwei Achsen hat die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement erlassene Verfügung keine Gültigkeit, weil diese Fahrzeuge infolge ihres grossen Gewichts in der Regel an Motorwagen mitgeführt und nur ausnahmsweise von Hand bewegt werden. Sie sind deshalb in jedem Fall auf Kosten der Gemeinde mit kantonalen Kontrollschildern zu versehen.

Anhang

Rundschreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 5. August 1968 an die für den Strassenverkehr zuständigen Direktionen der Kantone.

Anhänger des Zivilschutzes

Das Bundesamt für Zivilschutz wird in den nächsten Jahren etwa 25 000 Anhänger (Motorspritzen, Kom-

pressoren und Materialanhänger) an die zivilschutzpflichtigen Gemeinden und Betriebe abgeben. Diese Fahrzeuge sind für den Zivilschutz reserviert und werden in Friedenszeiten nur im Katastrophenfall und zu Uebungszwecken verwendet.

In den meisten Fällen stehen keine Zugfahrzeuge zur Verfügung. Die «Anhänger» sind deshalb in erster Linie für die Verwendung als Handwagen vorgesehen. Um jedoch ein Mitführen an Motorwagen in Notfällen und zu Uebungszwecken nicht auszuschliessen, entspricht ihre Ausrüstung den Vorschriften der Arbeitsanhänger. Ihr Gesamtgewicht beträgt etwa 750 kg. Sie sind mit einer Feststellbremse versehen und tragen vorn und hinten die erforderlichen Rückstrahler. Für Fahrten bei Nacht wird eine Beleuchtung gemäss Art. 30, Abs. 5 VRV angebracht. Ausnahmsweise müssen die Anhänger bzw. Handwagen bei der Nothilfe und zu Uebungszwecken auch an Motorwagen mitgeführt werden. Diese Verwendungsweise der Fahrzeuge ist aber so selten, dass sich eine förmliche Immatrikulation (Erteilung von Fahrzeugausweis und Anbringen eigentlicher Kontrollschilder) nicht lohnen würde. Angesichts des Charakters der in Betracht kommenden Fahrten genügt es, dass die Anhänger eindeutig als Zivilschutzfahrzeuge gekennzeichnet sind, d. h. eine Erkennungstafel des Bundesamtes für Zivilschutz tragen.

Gestützt auf Art. 97 VRV wird deshalb

verfügt

1. Typengeprüfte Zivilschutzanhänger, welche als Handwagen konzipiert sind, jedoch hinsichtlich Bau und Ausrüstung den Arbeitsanhängern (Feuerwehranhängern) entsprechen, dürfen in Notfällen und zu Uebungszwecken an Motorwagen mitgeführt werden, deren Leergewicht doppelt so gross ist wie das Gesamtgewicht des Anhängers (Art. 67, Abs. 4 VRV).
2. Die Fahrzeuge werden vom Bundesamt für Zivilschutz hinten links mit einer Erkennungstafel wie folgt versehen:



BZS/OFPC

Dieser Zivilschutzanhänger darf gemäss Verfügung des EJPD vom 5. August 1968 in Notfällen und für Uebungszwecke an einem Zugwagen mitgeführt werden, dessen Leergewicht doppelt so gross ist wie das Gesamtgewicht dieses Anhängers.

Bundesamt für Zivilschutz

Nr. 117 vom 25. März 1969

Richtlinien des Bundesamtes für Zivilschutz vom 5. März 1969 über die Erfassung des leitenden Personals der kriegswirtschaftlichen Organisationen und dessen Einteilung in den Zivilschutz

In der Beilage erhalten Sie die durch das Bundesamt für Zivilschutz in Zusammenarbeit mit den zuständigen kriegswirtschaftlichen Stellen des Bundes ausgearbeiteten

«Richtlinien des BZS vom 5. März 1969 über die Erfassung des leitenden Personals der kriegswirtschaftlichen Organisationen und dessen Einteilung in den Zivilschutz».

Diese Richtlinien treten am 1. April 1969 in Kraft. Da sowohl die organisations- wie die nichtorganisationspflichtigen Gemeinden von den Richtlinien betroffen werden können, ersuchen wir die kantonalen Zivilschutzstellen und die kantonalen Zentralstellen für Kriegswirtschaft, diese Vorschrift an *sämtliche* Gemeinden weiterzuleiten.

Die in Artikel 3 aufgeführten Verzeichnisse werden den kantonalen Zivilschutzstellen, den Zivilschutzstellen der organisationspflichtigen Gemeinden und der für die Einteilung zuständigen Stelle der nichtorganisationspflichtigen Gemeinden laufend zuge stellt.

Wir bitten die mit dem Vollzug der Richtlinien beauftragten Stellen der Kriegswirtschaft und des Zivilschutzes, im Interesse der Gesamtverteidigung, sich strikte an diese Vorschriften zu halten.

Richtlinien des Bundesamtes für Zivilschutz über die Erfassung des leitenden Personals der kriegswirtschaftlichen Organisationen und dessen Einteilung in den Zivilschutz (vom 5. März 1969)

Das Bundesamt für Zivilschutz, im Einvernehmen mit dem Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge, gestützt auf Artikel 60 der Verordnung vom 24. März 1964 über den Zivilschutz, gestützt auf Artikel 2, Absatz 2 der Richtlinien des Bundesamtes für Zivilschutz vom 1. Oktober 1964 über die Erfassung und Einteilung der für den Zivilschutz benötigten Personen, erlässt folgende

Richtlinien

I. Allgemeines

Art. 1

Im Bestreben, die personellen Mittel im Rahmen der Gesamtverteidigung möglichst zweckmässig einzusetzen und die Versorgung von Volk und Armee mit lebenswichtigen Gütern in jeder Lage sicherstellen zu können, wird zwischen dem Bundesamt für Zivilschutz und dem Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge die nachstehende Regelung betreffend die Erfassung des leitenden Personals der Kriegswirtschaft und dessen Einteilung in den Zivilschutz getroffen.

Art. 2

¹ Das für die Kriegswirtschaft unentbehrliche Personal ist im Rahmen des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Zivilschutz grundsätzlich schutzdienstpflichtig.

² Für den Fall von kriegswirtschaftlichen Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung muss

für diese Schutzdienstpflichtigen die Priorität der kriegswirtschaftlichen Aufgaben gegenüber dem Zivilschutz gewährleistet werden.

³ In Anwendung von Artikel 54, Absatz 1, Ziffer 2, Buchstabe e der Verordnung vom 24. März 1964 über den Zivilschutz ist das leitende Personal der kriegswirtschaftlichen Organisationen in Bund, Kantonen und Gemeinden in den Betriebsschutz, in die Hauswehren oder in die selbständigen Kriegsfeuerwehren einzuteilen, jedoch weder in Kaderfunktionen noch als Spezialisten.

⁴ Für das leitende wie für weiteres unentbehrliches Personal der Kriegswirtschaft sind Dispensationen für die sich aus ihrer Einteilung ergebenden Dienstleistungen vorgesehen. Diese Dienstleistungsdispensationen werden in einer Verordnung geregelt.

II. Erfassung

Art. 3

¹ Das Bundesamt für Zivilschutz stellt den kantonalen Zivilschutzstellen die sie betreffenden Verzeichnisse des leitenden Personals der kriegswirtschaftlichen Organisationen des Bundes mit Wohnsitz in ihrem Kanton zu.

² Die kantonale Zentralstelle für Kriegswirtschaft übergibt der zuständigen kantonalen Zivilschutzstelle das Verzeichnis des leitenden Personals ihrer Kriegswirtschaftorganisation mit Wohnsitz in ihrem Kanton.

³ Die kantonalen Zivilschutzstellen

- erstellen, gestützt auf die erhaltenen Verzeichnisse, für jede Gemeinde eine Liste über das sie betreffende Personal;
- überweisen diese Liste der Zivilschutzstelle, beziehungsweise der zuständigen Stelle der Gemeinde zum Vollzug der Einteilung dieses Personals in den Zivilschutz.

⁴ Die Gemeindestellen für Kriegswirtschaft übergeben das von der kantonalen Zentralstelle für Kriegswirtschaft genehmigte Verzeichnis ihres leitenden kriegswirtschaftlichen Personals zum Vollzug der Einteilung der Zivilschutzstelle beziehungsweise der zuständigen Stelle der Wohngemeinde.

Art. 4

¹ Beamte und Angestellte von eidgenössischen Betrieben und konzessionierten Transportunternehmungen, die zum leitenden Personal einer kriegswirtschaftlichen Organisation gehören, werden im Verzeichnis der kantonalen Zivilschutzstellen nicht aufgeführt. Das Bundesamt für Zivilschutz erstellt hierüber ein separates Verzeichnis und stellt dieses den zuständigen Betriebsschutzstellen gemäss Artikel 3 der Verordnung vom 22. Oktober 1965 über den Zivilschutz in den eidgenössischen Betrieben und konzessionierten Transportunternehmungen (ZSBV) zu.

² Die Betriebsschutzstellen haben die entsprechenden Einteilungen vorzunehmen.

III. Einteilungsverfahren

Art. 5

Die organisations- wie die nichtorganisationspflichtigen Gemeinden

- vermerken auf der Stammkontrollkarte der Gemeldeten «Kader KW»;
- teilen dieselben in den Betriebsschutz, in die Hauswehren oder in die selbständige Kriegsfeuerwehr ein, jedoch weder in Kaderfunktionen noch als Spezialisten;
- eröffnen dem Betreffenden die Einteilung unter Beilage des ausgefüllten Zivilschutzbüchleins mit dem Vermerk auf Seite 7 «Kader KW» in der Rubrik «Bemerkungen»;
- erstellen die weisse Korpskontrollkarte und das Loseblatt mit dem Vermerk «Kader KW»;
- erstellen, sofern die Standortgemeinde des Betriebs nicht mit der Wohngemeinde identisch ist, die graue Korpskontrollkarte mit dem Vermerk «Kader KW»;
- überweisen die graue Korpskontrollkarte an die Standortgemeinde des Betriebs.

Art. 6

Die Betriebsschutzstellen gemäss ZSBV

- teilen die Gemeldeten in den Betriebsschutz ein;
- eröffnen dem Betreffenden die Einteilung unter Beilage des ausgefüllten Zivilschutzbüchleins mit dem Vermerk auf Seite 7 «Kader KW» in der Rubrik «Bemerkungen»;
- erstellen die weisse Korpskontrollkarte und das Loseblatt mit dem Vermerk «Kader KW»;
- überweisen die weisse Korpskontrollkarte an die Wohngemeinde des Betreffenden;
- erstellen, sofern die Standortgemeinde des Betriebs nicht mit der Wohngemeinde identisch ist, die graue Korpskontrollkarte mit dem Vermerk «Kader KW»;
- überweisen die graue Korpskontrollkarte an die Standortgemeinde des Betriebs.

Art. 7

Für das leitende Personal der kriegswirtschaftlichen Organisationen mit einer Kriegsdispensation (KD), einer Aktivdienstdispensation mit Spezialbefehl (ADS) oder einer Aktivdienstdispensation (AD) wird die Einteilung in die Hauswehren oder in die selbständige Kriegsfeuerwehr, nicht aber in den Betriebsschutz empfohlen.

IV. Meldungen

Art. 8

Aenderungen in den Personalverzeichnissen gemäss Artikel 3, beziehungsweise Artikel 4, werden, zum Vollzug der Einteilung gemäss Artikel 5, beziehungsweise Artikel 6, laufend den zuständigen Stellen bekanntgegeben.

V. Uebergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 9

Die für den Vollzug dieser Richtlinien erstellten Personalverzeichnisse sind als vertrauliche Akten zu behandeln.

Art. 10

¹ Bereits in einer örtlichen Schutzorganisation eingeteiltes leitendes Personal kriegswirtschaftlicher Organisationen ist in die Hauswehren umzuteilen.

² Leitendes Personal der kriegswirtschaftlichen

Organisationen, das bereits in den Hauswehren, im Betriebsschutz oder in einer selbständigen Kriegsfeuerwehr eingeteilt ist, bleibt eingeteilt. Für den Betriebsschutz bleibt Artikel 7 vorbehalten.

³ Leitendes Personal, das schon in einer Kaderfunktion oder als Spezialist ausgebildet ist, kann im Einvernehmen mit dem Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge eingeteilt bleiben.

⁴ Die Stammkontrolle, das Zivilschutzbüchlein, die Korpskontrollkarte und das Loseblatt der in diesem Artikel in Betracht kommenden Schutzdienstpflichtigen sind mit dem Vermerk «Kader KW» zu versehen.

Art. 11

¹ Diese Richtlinien traten am 1. April 1969 in Kraft.

² Mit ihrem Inkrafttreten sind alle ihnen widersprechenden Vorschriften aufgehoben.

Nr. 118 vom 11. April 1969

Ortschefs und deren Stellvertreter

Am Rapport vom 17. Oktober 1968 in Winterthur wurde der Wunsch geäussert, das Bundesamt möchte über die Frage der Stellvertreter der Ortschefs den Kantonen in einem Kreisschreiben noch nähere Auskunft erteilen.

Um in der Angelegenheit Klarheit zu schaffen, ist es unerlässlich, auf die gesetzlichen Vorschriften zurückzukommen und diese auszulegen.

1. a) Der Bund bildet die Ortschefs und ihre Stellvertreter aus (Art. 55, Abs. 1, Buchstabe a, ZSG). Der Ausdruck «Stellvertreter» bezieht sich hier ausschliesslich auf solche, die *nur* diese Funktion ausüben. Nach Art. 3 des Bundesratsbeschlusses vom 24. Oktober 1967 über die Funktionsstufen und Vergütungen im Zivilschutz (MZS 8,9) gibt es solche Stellvertreter bei

- Ortsleitungen mit Abschnitten,
- Ortsleitungen mit Sektoren und
- Ortsleitungen mit Quartieren.

Es können nur diese Stellvertreter in Ortschefkurse aufgebildet werden.

Die Stellvertreter, gleichgültig ob und gegebenenfalls welche Funktionen sie ausüben, erhalten eine um eine Stufe tiefere Tagesvergütung als jene, die nach erfolgter Ausbildung gilt, also Stufe 3, 4 beziehungsweise 5 (Art. 4 des genannten Bundesratsbeschlusses).

b) Falls ein Ortschefwechsel bevorsteht, ist sein Nachfolger nicht als Stellvertreter zu bezeichnen, sondern als zukünftiger Ortschef. Als solcher ist er in einen Ortschefkurs aufzubieten. Um die Kontinuität zu wahren, ist es angebracht, solche Nachfolger spätestens ein Jahr vor dem Ortschefwechsel auszubilden zu lassen.

c) Die hiervor gemachten Ausführungen unter a) und b) sind analog auf die weiteren Stellvertreter, die *nur* diese Funktion ausüben, anzuwenden (Art. 3 des genannten Bundesratsbeschlusses), also auf jene

- des Abschnittschefs,
- des Sektorschefs und
- des Betriebsschutzchefs einer Organisation mit Detachementen.

2. a) Als Stellvertreter der übrigen Ortschefs, solche aus Gemeinden ohne oder mit nur Blocks, soll der geeignetste Dienstchef bezeichnet werden. Das kann gegebenenfalls auch der Chef der Nachricht-

tenzentrale sein (Ziff. 54 der Richtlinien vom 1. Januar 1963 über die Gliederung und Sollbestände der Schutzorganisationen; MZS 1,98).

Natürlich sollten diese Stellvertreter auch eine Ausbildung erhalten. Bis die entsprechenden Ausbildungsvorschriften durch das Bundesamt für Zivilschutz erarbeitet sind, ist es Sache der Kantone, auf dem Weg der Freiwilligkeit (für die Kantone und Schutzdienstpflichtigen) dafür zu sorgen, dass solche Funktionsträger in ihre Aufgaben eingeführt werden. Der Bund leistet an die Kosten dieser Ausbildung Beiträge von im Mittel 60 % (Art. 69, Abs. 2 ZSG). Entsprechende Gesuche unter Beilage des Stoff- und Arbeitsprogramms sind an das Bundesamt zu richten.

b) Eine Stellvertretung des Quartierchefs, des Blockchefs oder Dienstchefs usw. ist nicht vorgesehen. Die Betreffenden sind frei, sofern sie es als notwendig erachten, einen geeigneten Angehörigen ihres Stabes oder der Dienste als Stellvertreter zu bezeichnen. Eine besondere Ausbildung solcher Stellvertreter ist auch nicht vorgesehen.

Circulaires aux Offices cantonaux de la protection civile

No 116 du 25 mars 1969

Remorques pour engins et matériel de la protection civile

Des motopompes du type 2 et des compresseurs sont livrés, régulièrement depuis 1967, à toutes les communes et aux établissements tenus de créer un organisme de protection. Dès le milieu de 1969, des remorques servant au transport de matériel leur seront remises.

Conformément à l'«Arrêté du Conseil fédéral du 18 juillet 1961 sur les véhicules automobiles et remorques agricoles, les machines de travail industrielles et les véhicules spéciaux» (RO 1961, 589), ces véhicules sont considérés comme des remorques de travail, c'est-à-dire, au sens de l'article 68 OCR, comme remorques de transport, et devraient, pour cette raison, être munis d'une plaque cantonale de contrôle.

Aussi le Département fédéral de justice et police a-t-il arrêté, dans sa décision du 5 août 1968, que sont dispensées du permis de circulation et de la plaque cantonale de contrôle les remorques admises par la commission fédérale d'expertise des types de véhicules et destinées à la protection civile pour ses cours, exercices et interventions en cas d'urgence. Ces remorques doivent porter uniquement une plaque distinctive de l'Office fédéral de la protection civile. Ladite plaque sera fournie plus tard pour les motopompes du type 2 et les compresseurs déjà attribués tandis qu'elle sera déjà montée sur les remorques qui seront livrées à l'avenir.

Lorsque ces véhicules servent à des buts étrangers à la protection civile, le détenteur doit chaque fois poser les plaques cantonales de contrôle qu'il se procurera à ses frais auprès du Service cantonal des automobiles.

Pour ce qui a trait à la motopompe du type 3 et aux remorques à deux essieux servant au transport des tuyaux métalliques, la décision arrêtée par le Département fédéral de justice et police n'est pas valable. En effet, en raison de leur poids élevé, ces véhicules doivent être attelés généralement à une automobile. C'est à titre exceptionnel seulement qu'on les déplace à la main. Aussi, dans chaque cas, doivent-ils être munis, aux frais de la commune, des plaques cantonales de contrôle.

Annexe:

Circulaire du Département fédéral de justice et police du 5 août 1968 aux Départements cantonaux compétents en matière de circulation routière.

Remorques destinées à la protection civile

Ces années prochaines, les communes et établissements tenus de créer un organisme de protection civile recevront de l'Office fédéral de la protection civile environ 25 000 remorques (motopompes, compresseurs et remorques servant au transport de matériel). Ces véhicules, réservés à l'usage de la protection civile, ne seront utilisés, en temps de paix, que lors de catastrophes et d'exercices.

Dans la plupart des cas, il n'y aura pas de véhicules tracteurs à disposition. Aussi, les «remorques» seront-elles utilisées en premier lieu comme voitures à bras. Toutefois, pour qu'il soit possible de les atteler à des voitures automobiles dans les cas d'urgence et lors d'exercices, leur équipement répond aux exigences des prescriptions relatives aux remorques de travail. Leur poids total se monte à 750 kg environ. Elles sont équipées d'un frein d'arrêt et portent, à l'avant et à l'arrière, les dispositifs réfléchissants obligatoires. De nuit, elles doivent être munies d'un feu jaune conforme aux exigences de l'article 30, 5e alinéa OCR.

A titre exceptionnel, les remorques ou voitures à bras doivent être aussi attelées à des voitures automobiles en cas d'urgence et lors d'exercices. Mais il est si rare qu'on en fasse un usage de ce genre qu'il ne vaut pas la peine de les immatriculer en bonne et due forme (délivrance d'un permis de circulation et attribution d'une plaque proprement dite). Vu le caractère des parcours entrant en ligne de compte, il suffit que ces remorques soient clairement désignées comme véhicules servant à la protection civile, c'est-à-dire qu'elles portent la plaque distinctive de l'Office fédéral de la protection civile.

C'est pourquoi, vu l'article 97 OCR, il est

décidé:

1. Les remorques destinées à la protection civile, dont le type a été expertisé et qui sont conçues comme voitures à bras tout en répondant aux exigences valables pour les remorques de travail (celles du service du feu) en ce qui concerne la construction et l'équipement, peuvent être attelées, en cas d'urgence et lors d'exercices, à des voitures automobiles dont le poids à vide atteint le double du poids total de la remorque (art. 67, 4e al. OCR).
2. A l'arrière, les véhicules porteront à gauche une plaque distinctive délivrée par l'Office fédéral de la protection civile, et conforme au modèle suivant:



Dieser Zivilschutzanhänger darf gemäss Verfügung des EJPD vom 5. 8. 1968 in Notfällen und für Übungszwecke an einem Zugwagen mitgeführt werden, dessen Leergewicht doppelt so gross ist wie das Gesamtgewicht dieses Anhängers.

Selon la décision du DFJP, du 5. 8. 1968, cette remorque destinée à la protection civile peut être attelée, en cas d'urgence et lors d'exercices, à un véhicule tracteur dont le poids à vide est le double du poids total de la remorque.

Bundesamt für Zivilschutz
Office fédéral de la protection civile

No 117 du 25 mars 1969

Directives de l'Office fédéral de la protection civile du 5 mars 1969 pour procéder à l'appel du personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre et son incorporation dans la protection civile

Veillez recevoir en annexe le texte élaboré par l'Office fédéral de la protection civile en collaboration avec les services fédéraux compétents de l'économie de guerre des

«Directives de l'Office fédéral de la protection civile du 5 mars 1969 pour procéder à l'appel du personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre et son incorporation dans la protection civile.»

Les présentes directives entrent en vigueur le 1er avril 1969.

Attendu que ces directives peuvent concerner aussi bien les communes qui sont tenues de créer un organisme que celles qui ne le sont pas, nous prions les Offices cantonaux de la protection civile et de l'économie de guerre de les transmettre à toutes les communes.

Les listes, dont il est question à l'article 3, seront remises au fur et à mesure aux Offices cantonaux de la protection civile, aux offices de protection civile des communes qui sont tenues de créer un organisme et au service préposé à l'incorporation dans les communes qui ne le sont pas.

Nous demandons aux offices de l'économie de guerre et de la protection civile chargés de l'exécution des dites directives de s'en tenir strictement à leurs dispositions dans l'intérêt de la défense générale.

Directives de l'Office fédéral de la protection civile pour procéder à l'appel du personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre et à son incorporation dans la protection civile (Du 5 mars 1969)

L'Office fédéral de la protection civile, en accord avec le délégué à la défense nationale économique, vu l'article 60 de l'ordonnance du 24 mars 1964 sur la protection civile;

vu l'article 2, 2e alinéa, des directives de l'Office fédéral de la protection civile du 1er octobre 1964 pour procéder à l'appel et à l'incorporation des personnes nécessaires à la protection civile,
arrête:

Directives

I. Généralités

Article premier

Afin d'engager aussi judicieusement que possible au service de la défense générale les moyens personnels qui permettent d'assurer en toutes circonstances le ravitaillement de la population et de l'armée en biens d'importance vitale, l'Office fédéral de la protection civile et le délégué à la défense nationale économique sont convenus de la présente réglementation relative à l'appel du personnel dirigeant de l'économie de guerre et à son incorporation dans la protection civile.

Art. 2

¹ Le personnel indispensable à l'économie de guerre est astreint en principe à servir dans la protection civile conformément à la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la protection civile.

² Si des mesures d'économie de guerre doivent être prises pour assurer le ravitaillement du pays, ces personnes astreintes à servir dans la protection civile doivent accomplir leurs tâches d'économie de guerre en priorité sur celles de protection civile.

³ Le personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre de la Confédération, des cantons et des communes doit être incorporé, en application de l'article 54, 1er alinéa, chiffre 2, lettre e, de l'ordonnance du 24 mars 1964 sur la protection civile, dans les organismes de protection d'établissements, les gardes d'immeuble ou les corps indépendants de sapeurs-pompiers de guerre, cependant ni dans une fonction de cadre ni comme spécialiste.

⁴ Des dispenses de services à accomplir en vertu de l'incorporation reçue sont prévues pour le personnel dirigeant comme pour le reste du personnel indispensable de l'économie de guerre. Une ordonnance spéciale règlera ces dispenses de services.

II. Appel

Art. 3

¹ L'Office fédéral de la protection civile remet à chaque Office cantonal de la protection civile la liste des membres du personnel dirigeant des organisations fédérales de l'économie de guerre, qui sont domiciliés dans son canton.

² L'Office cantonal de l'économie de guerre transmet à l'Office cantonal compétent de la protection civile la liste du personnel dirigeant de son organisation de l'économie de guerre, qui est domicilié dans son canton.

³ Les Offices cantonaux de la protection civile — établissent pour chaque commune, sur la base des listes reçues, la liste du personnel qui la concerne;

— font parvenir cette liste à l'Office de protection civile ou à l'office compétent de la commune en vue de l'incorporation de ce personnel dans la protection civile.

⁴ Les Offices communaux de l'économie de guerre transmettent la liste de leur personnel dirigeant de l'économie de guerre, agréée par l'Office cantonal de l'économie de guerre, à l'Office de protection civile ou à l'office compétent de la commune du domicile, en vue de son incorporation.

Art. 4

¹ Les fonctionnaires et employés des établissements fédéraux et des entreprises de transport au bénéfice d'une concession, qui appartiennent au personnel dirigeant d'une organisation de l'économie de guerre, ne sont pas mentionnés dans la liste des Offices cantonaux de la protection civile. L'Office fédéral de la protection civile en dresse une liste séparée et la remet aux offices de protection d'établissements compétents, prévus à l'article 3 de l'ordonnance du 22 octobre 1965 sur la protection civile dans les établissements fédéraux et les entreprises de transport au bénéfice d'une concession (OPCE).

² Les offices de protection d'établissements sont tenus de procéder aux dites incorporations.

III. Procédure d'incorporation

Art. 5

Les communes tenues ou non tenues de créer un organisme de protection

- portent la mention «Cadre EG» sur la carte du contrôle matricule des personnes annoncées;
- incorporent ces personnes dans un organisme de protection d'établissement, les gardes d'immeuble ou le corps indépendant des sapeurs-pompiers de guerre, cependant ni dans une fonction de cadre ni comme spécialiste;
- communiquent à l'intéressé son incorporation en lui transmettant son livret de service de la protection civile dûment rempli avec, en page 7, la mention «Cadre EG» sous la rubrique «Observations»;
- établissent, avec mention «Cadre EG», la carte blanche des contrôles de corps et la feuille mobile;
- établissent, avec mention «Cadre EG», la carte grise du contrôle de corps, si l'établissement n'est pas situé dans la commune de domicile de l'intéressé;
- font parvenir la carte grise du contrôle de corps à la commune du lieu de situation de l'établissement.

Art. 6

Les Offices de protection d'établissements, selon l'OPCE

- incorporent les personnes annoncées dans un organisme de protection d'établissement;
- communiquent à l'intéressé son incorporation en lui transmettant son livret de service de la protection civile dûment rempli avec, en page 7, la mention «Cadre EG» sous la rubrique «Observations»;
- établissent, avec mention «Cadre EG», la carte blanche du contrôle de corps et la feuille mobile;
- font parvenir la carte blanche du contrôle de corps à la commune de domicile de l'intéressé;
- établissent, avec mention «Cadre EG», la carte grise du contrôle de corps, si l'établissement n'est pas situé dans la commune de domicile de l'intéressé;
- font parvenir la carte grise du contrôle de corps à la commune du lieu de situation de l'établissement.

Art. 7

Le personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre qui est au bénéfice d'une dispense de guerre (DG), d'une dispense de service actif avec ordre spécial (DAS) ou d'une dispense du service actif (DA), doit être incorporé de préférence dans les gardes d'immeuble ou le corps indépendant des sapeurs-pompiers de guerre, et non dans un organisme de protection d'établissement.

IV. Annonces

Art. 8

Les changements survenant dans les listes du personnel sont communiqués au fur et à mesure aux offices compétents, conformément à l'article 3 ou à l'article 4, afin qu'ils procèdent aux incorporations conformément à l'article 5 ou à l'article 6.

V. Dispositions transitoires et finales

Art. 9

Les listes du personnel établies en exécution des présentes directives doivent être considérées comme documents confidentiels.

Art. 10

¹ Le personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre qui est déjà incorporé dans un organisme de protection local doit être permuté dans les gardes d'immeuble.

² Le personnel dirigeant des organisations de l'économie de guerre qui est déjà incorporé dans les gardes d'immeuble, un organisme de protection d'établissement ou le corps indépendant des sapeurs-pompiers de guerre, conserve son incorporation. L'article 7 demeure réservé en ce qui concerne l'organisme de protection d'établissement.

³ Le personnel dirigeant, qui a déjà été instruit en vue d'assumer une fonction de cadre ou de spécialiste, peut, avec l'assentiment du délégué à la défense nationale économique, conserver son incorporation.

⁴ La carte du contrôle matricule, le livret de service de la protection civile, la carte du contrôle de corps et la feuille mobile des personnes astreintes à servir dans la protection civile en vertu du présent article, doivent porter la mention «Cadre EG».

Art. 11

¹ Les présentes directives entrent en vigueur le 1er avril 1969.

² Elles abrogent à la même date toutes les dispositions contraires.

No 118 du 11 avril 1969

Chefs locaux et leurs suppléants

Au rapport du 17 octobre 1968 à Winterthour, on exprima le désir que l'Office fédéral veuille donner aux cantons, par voie de circulaire, de plus amples renseignements sur la question des suppléants des chefs locaux.

Pour plus de clarté en cette affaire, il est indispensable de se référer aux prescriptions légales et de les interpréter.

1. a) La Confédération instruit les chefs locaux et leurs suppléants (art. 55, 1er al. litt. a, LPC).

Le terme «suppléants» se rapporte ici exclusivement à ceux qui n'exercent **que** cette fonction. En vertu de l'article 3 de l'arrêté du Conseil fédéral du 24 octobre 1967 concernant les degrés de fonctions et les indemnités dans la protection civile (FOCP 8, 9), il y a des suppléants du chef local auprès des

- organes directeurs locaux ayant des arrondissements,
- organes directeurs locaux ayant des secteurs,
- organes directeurs locaux ayant des quartiers.

Seuls ces suppléants peuvent être convoqués aux cours pour chefs locaux.

Sans égard à la fonction que remplissent les suppléants, ils ont droit à une indemnité journalière fixée pour le degré inférieur à celui de la fonction qu'ils exerceront une fois l'instruction terminée, conformément à l'article 4 de l'arrêté précité, soit le degré 3, 4 ou 5.

b) Si un changement de chef local est en vue, son successeur doit être désigné non pas à titre de suppléant, mais de futur chef local. En cette qualité, il doit être convoqué à un cours pour chefs locaux. Afin d'assurer la continuité de cette fonction, il est indiqué d'instruire les successeurs une année au plus tard avant le changement de chefs locaux.

c) Les explications données sous lettres a et b ci-dessus s'appliquent par analogie aux autres suppléants qui n'exercent **que** cette fonction (art. 3 dudit arrêté), soit celle

- du chef d'arrondissement,
- du chef de secteur et
- du chef d'un organisme de protection d'établissement ayant des détachements.

a) Comme suppléant des autres chefs locaux de communes n'ayant que des îlots ou n'en ayant pas, on désignera le chef de service le plus compétent. Il peut s'agir, le cas échéant, du chef de la centrale de renseignements (chiffre 54 des «Directives du 1er janvier 1963 concernant la procédure d'organisation et les effectifs réglementaires»; FOFC 1, 106).

Il conviendrait sans doute que ces suppléants reçoivent aussi une formation. Jusqu'à ce que l'Office fédéral de la protection civile ait élaboré les prescriptions valables pour l'instruction, il appartient aux cantons d'organiser des cours pour initier à leurs tâches ces titulaires de fonction. Ces cours sont volontaires à la fois pour les cantons et les participants. La Confédération verse des subventions en moyenne de 60 pour cent des frais d'instruction (art. 69, 2e alinéa, LPC). Les demandes de cet ordre, auxquelles sera annexé le programme de travail des matières, doivent être adressées à l'Office fédéral.

b) Il n'est pas prévu de suppléant pour le chef de quartier, le chef d'îlot, les chefs de service, etc. Pour autant qu'ils l'estiment nécessaire, les intéressés ont toute latitude de désigner en qualité de suppléant un membre capable de leur état-major ou des services. Il n'est pas prévu non plus de donner une instruction spéciale à ces suppléants.

Circolari agli Uffici cantonali della protezione civile

N. 116 del 25 marzo 1969

Rimorchi per attrezzi e per il materiale della protezione civile

A tutti i comuni e agli stabilimenti obbligati ad istituire un organismo di protezione vengono regolarmente consegnati, dal 1967 in poi, motopompe tipo 2 e compressori, cui s'aggiungeranno, a partire da metà 1969, rimorchi per il materiale.

Questi veicoli sono considerati, a stregua del «Decreto del Consiglio federale del 18 luglio 1961 concernente i veicoli a motore e i rimorchi agricoli, le macchine semoventi industriali e i veicoli speciali» (RU 1961, 605), quali rimorchi di lavoro, rispettivamente quali rimorchi di trasporto secondo l'articolo 68 ONC, e quindi dovrebbero essere muniti di una targa di controllo cantonale.

Il Dipartimento federale di giustizia e polizia ha perciò emanato, in data 5 agosto 1968, una risoluzione che dispensa i rimorchi della protezione civile, approvati dalla commissione federale di prova dei tipi ed usati nei corsi, esercizi ed interventi per casi di necessità, dalla licenza di circolazione e dalle targhe di controllo cantonali; essi devono essere muniti soltanto di una targa di riconoscimento dell'Ufficio federale della protezione civile. Queste targhe verranno ancora fornite per le motopompe tipo 2 e per i compressori già consegnati, mentre saranno direttamente montate sui rimorchi distribuiti in seguito.

Quando gli autoveicoli siano usati a scopi estranei alla protezione civile, dovranno esservi apposte in ogni caso delle targhe di controllo cantonali; il detentore dovrà allora provvedervi a proprie spese, rivolgendosi all'Ufficio cantonale della circolazione. La risoluzione del Dipartimento federale di giustizia e polizia non è applicabile alle motopompe tipo 3 ed ai rimorchi per tubi a 2 assi, perchè questi veicoli, dato il loro peso rilevante, sono di regola trainati da automobili e, solo eccezionalmente, vengono mossi a mano. Essi dovranno dunque, in ogni caso, essere contrassegnati dalla targa cantonale di controllo a spese del comune.

Annesso:

Circolare del 5 agosto 1968 del Dipartimento federale di giustizia e polizia ai Dipartimenti cantonali competenti in materia di circolazione stradale.

Rimorchi della protezione civile

L'Ufficio federale della protezione civile consegnerà nel corso dei prossimi anni circa 25 000 rimorchi (motopompe, compressori, rimorchi per il materiale) ai Comuni e alle aziende obbligati ad istituire la protezione civile. Questi veicoli sono riservati alla protezione civile e saranno adoperati in tempo di pace soltanto nel caso di catastrofi e a scopo di esercizio. Nella maggior parte dei casi non sono disponibili veicoli trattori. I «rimorchi» sono perciò destinati in primo luogo ad essere trainati a mano. Tuttavia, per permettere il loro traino mediante autoveicoli nei casi di necessità e a scopo di esercizio, il loro equipaggiamento corrisponde alle prescrizioni previste per i

rimorchi di lavoro. Il loro peso totale è di circa 750 kg. Essi sono muniti di un freno di stazionamento e, davanti e dietro, dei necessari catari-frangenti. Per i viaggi notturni è applicato un dispositivo d'illuminazione conforme all'art. 30, cpv. 5 ONC. In via eccezionale, i rimorchi, o i carri a mano, devono essere trainati anche da autoveicoli in caso di soccorso o di esercitazione. Il traino mediante autoveicoli è però così raro che non ha scopo una immatricolazione formale (rilascio della licenza di circolazione e applicazione di targhe). Visto il genere dei viaggi da eseguire, è sufficiente che i rimorchi siano contrassegnati in modo chiaro come veicoli della protezione civile, cioè che portino una targa di riconoscimento dell'Ufficio federale della protezione civile.

Perciò, visto l'art. 97 ONC, è

deciso:

1. I rimorchi della protezione civile di tipo esaminato, considerati come carri da trainare a mano, ma che per la costruzione e l'equipaggiamento corrispondono ai rimorchi di lavoro (rimorchi per i pompieri) possono, nei casi di necessità e a scopo di esercitazione, essere trainati da autoveicoli il cui peso a vuoto è il doppio del peso totale del rimorchio (art. 67, cpv. 4, ONC).
2. L'Ufficio federale della protezione civile applica sulla parte posteriore sinistra dei veicoli la seguente targa di riconoscimento:



UFPC/BZS

Conformemente alla decisione del DFGP del 5.8.1968, questo rimorchio della protezione può, in casi di necessità e a scopo di esercizio, essere trainato da un veicolo il cui peso a vuoto è il doppio del peso totale del rimorchio.

Dieser Zivilschutzanhänger darf gemäss Verfügung des EJPD vom 5.8.1968 in Notfällen und für Übungszwecke an einem Zugwagen mitgeführt werden, dessen Leergewicht doppelt so gross ist wie das Gesamtgewicht dieses Anhängers.

Ufficio federale della protezione civile
Bundesamt für Zivilschutz

N. 117 del 25 marzo 1969

Direttive dell'Ufficio federale della protezione civile del 5 marzo 1969 concernenti la chiamata del personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra e la sua incorporazione nella protezione civile

Ricevete qui accluse le

«Direttive dell'UFPC del 5 marzo 1969 concernenti la chiamata del personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra e la sua incorporazione nella protezione civile.»

Queste direttive sono state elaborate dall'Ufficio federale della protezione civile di concerto con i servizi federali competenti dell'economia di guerra e entrano in vigore il 1° aprile 1969.

Dato che le presenti direttive possono interessare tanto i comuni tenuti ad istituire un organismo di protezione quanto quelli che non vi sono obbligati, esortiamo gli uffici cantonali della protezione civile e dell'economia di guerra di volerle trasmettere a **tutti i comuni**

Gli elenchi di cui all'articolo 3 saranno trasmessi di volta in volta agli Uffici cantonali della protezione civile, agli Uffici di protezione civile dei comuni obbligati ad istituire un organismo di protezione ed al servizio incaricato di procedere all'incorporazione nei comuni che non hanno oneri di protezione civile. Chiediamo agli Uffici dell'economia di guerra e della protezione civile, incaricati dell'esecuzione delle presenti direttive, di volersi strettamente attenere alle disposizioni impartite, e ciò nell'interesse della difesa integrata.

Direttive dell'Ufficio federale della protezione civile concernenti la chiamata del personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra e la sua incorporazione nella protezione civile (Del 5 marzo 1969)

L'Ufficio federale della protezione civile, d'intesa con il delegato alla difesa nazionale economica, visto l'articolo 60 dell'ordinanza del 24 marzo 1964 sulla protezione civile, visto l'articolo 2, capoverso 2, delle direttive dell'Ufficio federale della protezione civile del 1° ottobre 1964 concernenti la chiamata e l'incorporazione delle persone necessarie alla protezione civile, emana le seguenti

direttive:

I. In generale

Art. 1

Allo scopo di mettere nel modo più confacente al servizio della difesa integrata i mezzi personali atti a garantire in ogni evenienza l'approvvigionamento della popolazione e dell'esercito con beni d'importanza vitale, l'Ufficio federale della protezione civile e il delegato alla difesa nazionale economica si sono accordati sulla presente regolamentazione concernente la chiamata del personale dirigente dell'economia di guerra e la sua incorporazione nella protezione civile.

Art. 2

¹ Di massima, il personale indispensabile all'economia di guerra è, conformemente alla legge federale del 23 marzo 1962 sulla protezione civile, sottoposto all'obbligo di prestare servizio nella protezione civile.

² Quando per assicurare l'approvvigionamento del paese si debbano prendere provvedimenti d'economia di guerra, questi assoggettati assolveranno i loro compiti di economia di guerra prima di quelli della protezione civile.

³ In applicazione dell'articolo 54, capoverso 1, numero 2, lettera e dell'ordinanza del 24 marzo 1964 sulla protezione civile, il personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra della Confederazione, dei cantoni e dei comuni dev'essere incorporato nella protezione di stabilimento, nella guardia caseggiato o nei pompieri di guerra indipendenti, non però in una funzione di quadro o come specialista.

⁴ Per il personale dirigente, come pure per il rimanente personale indispensabile dell'economia di guerra, sono previste delle dispense dalle prestazioni di servizio derivanti dall'incorporazione ricevuta. Un'ordinanza speciale statuirà al proposito di queste dispense.

II. Chiamata

Art. 3

¹ L'Ufficio federale della protezione civile fa pervenire agli Uffici cantonali della protezione civile un elenco del personale dirigente delle organizzazioni federali dell'economia di guerra domiciliato nel rispettivo cantone.

² L'Ufficio cantonale dell'economia di guerra trasmette al competente ufficio cantonale della protezione civile l'elenco del personale dirigente della propria organizzazione d'economia di guerra che è domiciliato nel cantone.

³ Gli Uffici cantonali della protezione civile

- compilano per ogni comune, sulla scorta degli elenchi ricevuti, un elenco del personale che lo concerne;
- trasmettono questo elenco all'ufficio della protezione civile, rispettivamente all'ufficio comunale competente, perchè si proceda all'incorporazione di questo personale nella protezione civile.

⁴ Gli Uffici comunali dell'economia di guerra trasmettono l'elenco del proprio personale dirigente, approvato dall'Ufficio cantonale dell'economia di guerra, all'ufficio della protezione civile o all'ufficio competente del comune di domicilio in vista della sua incorporazione.

Art. 4

¹ I funzionari e gli impiegati degli stabilimenti federali e delle imprese di trasporto concessionarie facenti parte del personale dirigente d'una organizzazione dell'economia di guerra non figurano nell'elenco degli Uffici cantonali della protezione civile. L'Ufficio federale della protezione civile ne allestisce un elenco a parte che trasmette in seguito ai competenti uffici di protezione di stabilimento previsti all'articolo 3 dell'ordinanza del 22 ottobre 1965 sulla protezione civile negli stabilimenti federali e nelle imprese di trasporto concessionarie (OPCS).

² Gli uffici di protezione di stabilimento dovranno procedere alle dovute incorporazioni.

III. Procedura d'incorporazione

Art. 5

I comuni obbligati o non obbligati ad istituire un organismo di protezione

- iscrivono nella carta del controllo matricola delle persone annunciate la nota «Quadro EG»;
- procedono all'incorporazione di queste persone in un organismo della protezione di stabilimento, nella guardia caseggiato o in un corpo indipendente dei pompieri di guerra, tuttavia non in funzione di quadro nè come specialista;
- notificano all'interessato la sua incorporazione, allegando il libretto di servizio della protezione civile debitamente riempito e recante, a pagina 7, sotto la rubrica «Osservazioni», la nota «Quadro EG»;
- compilano la carta bianca di controllo di corpo e il foglio mobile, aggiungendovi la nota «Quadro EG»;
- allestiscono la carta grigia di controllo di corpo, apponendovi la nota «Quadro EG», se lo stabilimento non si trova nel comune di domicilio dell'interessato;

— trasmettono la carta grigia di controllo di corpo al comune in cui ha sede lo stabilimento.

Art. 6

Gli uffici di protezione di stabilimento secondo OPCS

- incorporano le persone annunciate nella protezione di stabilimento;
- comunicano all'interessato la sua incorporazione recapitandogli il libretto di servizio della protezione civile debitamente riempito e con la nota «Quadro EG» a pagina 7, sotto la rubrica «Osservazioni»;
- compilano, con la nota «Quadro EG», la carta bianca di controllo di corpo e il foglio mobile;
- trasmettono la carta bianca di controllo di corpo al comune di domicilio dell'interessato;
- allestiscono, apponendovi la nota «Quadro EG», la carta grigia di controllo di corpo, se lo stabilimento non si trova nel comune di domicilio dell'interessato;
- trasmettono la carta grigia di controllo di corpo al comune in cui ha sede lo stabilimento.

Art. 7

Il personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra che è al beneficio di una dispensa di guerra (DG), di una dispensa dal servizio attivo con ordine speciale (DAS) o d'una dispensa dal servizio attivo (DA) sarà preferibilmente incorporato nella guardia caseggiato o nei pompieri di guerra indipendenti, e non nella protezione di stabilimento.

IV. Notifiche

Art. 8

I cambiamenti sopravvenuti negli elenchi del personale saranno comunicati di volta in volta agli uffici competenti, giusta l'articolo 3, rispettivamente l'articolo 4, affinché si proceda all'incorporazione conformemente all'articolo 5 o all'articolo 6.

V. Disposizioni transitorie e finali

Art. 9

Gli elenchi del personale compilati in ottemperanza alle presenti direttive vanno considerati come documenti confidenziali.

Art. 10

¹ Il personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra, già incorporato in un organismo locale di protezione, sarà trasferito nelle guardie caseggiato.

² Il personale dirigente delle organizzazioni dell'economia di guerra già incorporato nelle guardie caseggiato, nella protezione di stabilimento o nei pompieri di guerra indipendenti, mantiene la propria incorporazione. È riservato, per quanto concerne la protezione di stabilimento, l'articolo 7.

³ Il personale dirigente già istruito in una funzione di quadro o quale specialista può mantenere, col consenso del delegato alla difesa nazionale economica, la propria incorporazione.

⁴ Il controllo matricola, il libretto di servizio della protezione civile, la carta di controllo di corpo e il foglio mobile delle persone obbligate a prestare ser-

vizio nella protezione civile in virtù del presente articolo dovranno essere muniti della nota «Quadro EG».

Art. 11

¹ Le presenti direttive entrano in vigore il 1° aprile 1969.

² Alla stessa data sono abrogate tutte le disposizioni contrarie.

N. 118 dell'11 aprile 1969

Capi locali e loro sostituti

Al rapporto del 17 ottobre 1968 a Winterthur venne espresso il desiderio che l'Ufficio federale impartisse ai cantoni, mediante circolare, informazioni più precise a proposito dei sostituti dei capi locali.

Per chiarire la faccenda è necessario innanzitutto rifarsi alle prescrizioni legali e darne la dovuta interpretazione.

1. a) La Confederazione istruisce i capi locali e i loro sostituti (art. 55, cpv. 1, lett. a, LPC).

L'espressione «sostituto» si riferisce qui esclusivamente a coloro che esercitano *solo* questa funzione.

Giusta l'articolo 3 del decreto del Consiglio federale del 24 ottobre 1967 concernente le classi di funzione e le retribuzioni nel servizio della protezione civile (FIPC 8,10), esistono tali sostituti presso

- gli organi di direzione locale con circondari
- gli organi di direzione locale con settori e
- gli organi di direzione locale con quartieri.

Ai corsi per capi locali possono dunque essere convocati soltanto questi sostituti.

I sostituti, qualunque sia la funzione eventualmente già da essi esercitata, percepiscono una retribuzione giornaliera d'una classe inferiore a quella che sarà valida una volta compiuta l'istruzione, vale a dire la 3^a, la 4^a, rispettivamente la 5^a classe (art. 4 del citato decreto federale).

b) Nel caso in cui sia prossimo un cambiamento di capo locale, il suo successore non dovrà essere designato quale sostituto, ma quale futuro capo locale e, come tale, ha da essere convocato a un corso per capi locali. Per garantire la continuità, è opportuno far istruire questi successori al più tardi un anno prima del cambiamento in vista.

c) Quanto esposto più sopra sotto a) e b) dev'essere applicato per analogia agli altri sostituti che esercitano *solo* questa funzione (art. 3 del precitato decreto federale), cioè ai sostituti

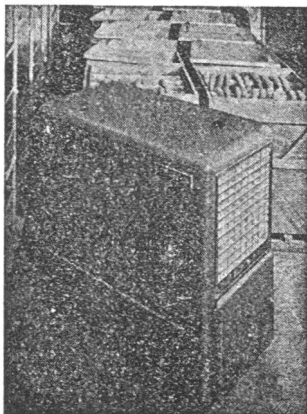
- dei capi circondario,
- dei capisettore e

— dei capi della protezione di stabilimento di un organismo con distaccamenti.

2. a) Quale sostituto dei rimanenti capi locali, nei comuni senza o con soli isolati, sarà designato il caposervizio più idoneo. Questi può essere, all'occorrenza, il capo della centrale d'informazione (num. 54 delle direttive del 1° gennaio 1963 concernenti la composizione e gli effettivi degli organismi di protezione; FIPC 1, 102).

Evidentemente, anche questi sostituti devono essere istruiti. Finché non siano elaborate da parte dell'Ufficio federale le corrispondenti prescrizioni per l'istruzione, spetta ai cantoni di provvedere all'iniziazione di questi incaricati nelle loro funzioni sulla base del volontariato (per i cantoni e per gli assoggettati). La Confederazione partecipa alle spese di questa istruzione con sussidi del 60 % in media (art. 69, cpv. 2 LPC). Le relative domande devono essere inoltrate all'Ufficio federale, allegando il programma di lavoro e delle materie.

b) Non sono previsti sostituti per i capiquartiere, i capi isolato, i capiservizio, ecc. Questi sono liberi di designare quale loro sostituto, ove lo ritengano necessario, un membro idoneo del proprio stato maggiore o dei servizi. Un'istruzione speciale di questi sostituti non è pure prevista.



Feuchtigkeitsschäden vermeiden

- mit Hilfe von PRETEMA-Elektro-Entfeuchern DEHUMYD
- Schutz von Holz- und Mauerwerk, Installationen und eingelagertem Material
- für jede Temperatur und Raumgrösse
- BZS- und SEV-geprüft
- praktisch wartungsfrei
- ohne Zusatz von Chemikalien
- unverbindliche und kostenlose Beratung
- Fabrikation und Vertrieb

PRETEMA AG, 8903 Birmensdorf/Zürich
Telefon 051 95 47 11

Neu: Computersatz

jetzt noch rascher
und leistungsfähiger für

**Buchdruck
Offset
Siebdruck
Zeitungsrotation**

Vogt-Schild AG
Buchdruckerei und Verlag
4500 Solothurn 2
Telefon 065 26461